

Niederschrift

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt-Natur- und Klimaschutz

Sitzungstermin:	Mittwoch, 05.06.2019
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	22:05 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Arne Hansen

Herr Rolf-Dieter Pahl

Vertretung für: Herrn Dr. Gilbert
Sieckmann-Joucken

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat

Vertretung für: Frau Melanie
Haak

Herr Arne-Michael Berg

Vertretung für: Herrn Sönke
Siebke

Herr Torsten Kowitz

Frau Silke Brandt

Herr Dieter Riemenschneider

Herr Jens Wersig

Herr Oliver Weber

Herr Heiko Evermann

Herr Matthias Ziebuhr

Herr Norbert Dachsels

Vertretung für: Herrn Dr. Norbert
Pranzas

Frau Marion Löding Kreiseniorenbeirat

Herr Joachim Brunkhorst Radverkehrsbeauftragter

Herr Julian Flak

Herr Henning Wulf

Frau Dr. Hobohm WZV

bis 19.00 Uhr

Herr Mozer SVG

Herr Walther GreenAdapt

bis 19.00 Uhr

Herr Landrat Schröder

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen

Herr Hartmann FDL Kreisplanung, Regionalmanage-
ment, Klimaschutz

Frau Jensen-Schmidt FDL Wasser-Boden-Abfall

Herr Timmermann FDL Naturschutz und Land-
schaftspflege

Herr Birnbaum Klimaschutzmanager

Frau Guder Klimaschutzmanagerin

Abwesende:

Herr Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken	-
Herr Sven-Hilmer Brauer	-
Frau Melanie Haak	-
Herr Sönke Siebke	-
Herr Dr. Norbert Pranzas	-
Herr Richard Lehmann	-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2019
- 3 Berichte der Verwaltung I
 - 3.1 Bericht der GreenAdapt aus Berlin zur Erarbeitung der Risikokarten für den Kreis Segeberg im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes zur Anpassung an den Klimawandel (Herr Walther)
Vorlage: DrS/2019/100
 - 3.2 Handlungskonzept Klimawandel und Gesundheit
Vorlage: DrS/2019/112
 - 3.3 Bericht der Klimaschutzleitstelle zum 05.06.2019
Vorlage: DrS/2019/114
 - 3.4 Sachstand zur Machbarkeitsstudie "Radschnellverbindung Bad Bramstedt - Hamburg"
Vorlage: DrS/2019/116
 - 3.5 Urteilsbegründung A20 Klage
- 4 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 4.1 Antrag B90/ Die Grünen zur Ausrufung eines Umwelt- und Klimanotstands
Vorlage: DrS/2019/121

- 4.2 Antrag B90/ Die Grünen zum Fledermausschutzkonzept
Vorlage: DrS/2019/122
- 4.3 Übernahme Schülerbeförderungskosten im Kreisgebiet
Vorlage: DrS/2019/117
- 5 Berichte der Verwaltung II
- 5.1 Ergebnisse aus Jugend im Kreistag
Vorlage: DrS/2019/099
- 5.1.1 Kampagne „plastikarme Schulen und Kitas“
- 5.2 Bericht zur Gelbe-Sack-Problematik im Kreisgebiet
Vorlage: DrS/2019/124
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Informationen und Anfragen
- 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 7 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.
Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Hansen schlägt vor, den TOP 5.2 vor TOP 3.1 zu behandeln. Weiter soll vor TOP 4.1 ein mündlicher Bericht zur Urteilsbegründung der A20 Klage erfolgen, der von der Verwaltung für TOP 6 (Verschiedenes) vorbereitet wurde, weil die Urteilsbegründung erst kurz vor Ladungsfristende veröffentlicht wurde.

Herr Wulf verweist auf den vor längerem gestellten Antrag der WI-SE zur Vermüllung des Kreises. Herr Hansen teilt mit, dass mehrere Punkte auf der Tagesordnung stehen, die Teile des Antrags beinhalten würden. Seitens der Verwaltung sei außerdem eine Vorlage für die September-Sitzung in Arbeit.

Der Ausschuss stimmt der Tagesordnung mit den Änderungen einstimmig zu.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2019

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben, diese gilt damit als genehmigt.

zu 3 Berichte der Verwaltung I

zu 5.2 Bericht zur Gelbe-Sack-Problematik im Kreisgebiet Vorlage: DrS/2019/124

Herr Hansen erläutert die bestehenden Probleme. Frau Dr. Hobohm führt aus, dass weder der Kreis noch der WZV für die Abholung der gelben Säcke zuständig seien. Die Kosten seien bereits über das duale System finanziert, für die Erfassung und Entsorgung seien sogenannte „Systeme“ verantwortlich. Frau Jensen-Schmidt ergänzt, dass die vorliegenden Beschwerden an den Systembetreiber, die Landbell GmbH und das Land weitergeleitet werden würden. Das Ministerium ist für die Genehmigung und auch für den Widerruf eines Systems zuständig. Für eine Genehmigung müssten die notwendigen Ressourcen für die Abholungen nachgewiesen werden. In 2020 werde ein Anbieterwechsel stattfinden. Im Großen und Ganzen erfolge die Abholung reibungslos, es handele sich um wiederkehrende Einzelfälle, bei denen die Gelben Säcke jedoch teilweise mehrere Wochen lang nicht abgeholt werden.

Zu der Frage von Herrn Wulf unter TOP 2.1 ergänzt Frau Jensen-Schmidt, dass seitens des WZV ein Müllmeldesystem vorgesehen sei, dies sei aber noch in Arbeit.

zu 3.1 Bericht der GreenAdapt aus Berlin zur Erarbeitung der Risikokarten für den Kreis Segeberg im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes zur Anpassung an den Klimawandel (Herr Walther) Vorlage: DrS/2019/100

Herr Walther erläutert anhand einer Präsentation die Erarbeitung der Risikokarten. Die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Auf Nachfrage von Herrn Flak erklärt Herr Walther, dass in der Region Antwerpen heute das Klima herrsche, welches zum Ende des Jahrhunderts im Kreis Segeberg zu erwarten sei. Herr Wersig erkundigt sich, was mit den gewonnenen Erkenntnissen aus den Daten erfolgen solle. Herr Hansen teilt mit, dass es sich um eine Art Serviceleistung des Kreises für die künftigen Planungen der Kommunen handele. Rechtlich bindend seien die Erkenntnisse für die Gemeinden nicht. Laut Herrn Hartmann müssten die Gemeinden abwägen, wie sie mit den Erkenntnissen bei den künftigen Bauleitplanungen umgehen werden. Frau Guder ergänzt, dass bereits Informationsveranstaltungen für die Kommunen stattgefunden hätten, weitere Termine folgen.

Herr Flak möchte wissen, welche Klimamodelle verwendet worden seien. Herr Walt-

her kündigt an, diese zum Protokoll zu geben.

Mitteilung der Protokollführung:

Herr Walther hat folgende Klimamodelle genannt:

Globalmodell -- Institution -- Regionalmodell

ICHEC-EC-EARTH -- Irish Centre for High-End Computing (Ireland) -- RACMO

ICHEC-EC-EARTH -- Irish Centre for High-End Computing (Ireland) -- CCLM

ICHEC-EC-EARTH -- Irish Centre for High-End Computing (Ireland) -- RCA4

MOHC-HadGEM2 -- Met Office Hadley Centre (GB) -- RCA4

MPI-ESM-LR -- Max Planck Institute for Meteorology (Germany) -- RCA4

MPI-ESM-LR -- Max Planck Institute for Meteorology (Germany) -- CCLM

Die Modelle stammen aus dem EuroCordex Projekt des World Climate Research Programmes (WRCP). Diese Daten wurden auch für die Erarbeitung des 5. Sachstandsberichtes des Weltklimarates verwendet.

Weiter erläutert Herr Walther auf Nachfrage von Herrn Flak, dass die Anzahl der Starkregenereignisse für die Bemessung der Entwässerungssysteme relevant sei.

zu 3.2 Handlungskonzept Klimawandel und Gesundheit
Vorlage: DrS/2019/112

Frau Guder führt in die Vorlage ein. Auf Nachfrage von Herrn Wulf erklärt sie, dass für die Maßnahmenvorschläge noch Flyer erstellt werden, die weniger umfangreich gestaltet werden würden.

zu 3.3 Bericht der Klimaschutzleitstelle zum 05.06.2019
Vorlage: DrS/2019/114

Frau Guder teilt ergänzend mit, dass sie ab September 2019 nicht mehr für den Kreis Segeberg tätig sein und deshalb das Klimaanpassungsprojekt nicht weiterführen werde.

zu 3.4 Sachstand zur Machbarkeitsstudie "Radschnellverbindung Bad Bramstedt - Hamburg"
Vorlage: DrS/2019/116

Herr Brunkhorst erläutert die Vorlage. Herr Weber gibt zu bedenken, dass eine Anbindung an das Hamburger Stadtgebiet unabdingbar sei, da es keinen Sinn mache, nur bis zur Stadtgrenze zu bauen. Herr Flak erkundigt sich, wie viele potentielle Nutzer erwartet werden. Herr Brunkhorst teilt hierzu mit, dass es bereits eine Potentialanalyse der Technischen Uni Harburg gebe, die die möglichen zeitlichen Ersparnisse deutlich mache. Er sagt zu, diese zum Protokoll zu geben.

Herr Riemenschneider vertritt die Auffassung, dass nicht nur die Zeitersparnisse betrachtet werden dürften, sondern aufgrund der hohen Kosten auch die Anzahl der Nutzer zu berücksichtigen seien. Er regt an, statt der Radschnellwege den ÖPNV zu fördern und beispielsweise dort mehr Fahrradmitnahmen möglich zu machen.

Herr Hansen erklärt, dass die Erfahrungen aus anderen Ländern positiv seien und die Strecken auch gerne von E-Bike-Fahrern genutzt werden würden.

Anmerkung der Protokollführung:

Die Potentialanalyse ist dem Protokoll beigelegt.

zu 3.5 Urteilsbegründung A20 Klage

Frau Jensen-Schmidt berichtet aus wasserrechtlicher Sicht von der Urteilsbegründung zur A 20 Klage. Es handele sich vielfach um Verfahrensfehler. Herr Timmermann ergänzt, dass im naturschutzrechtlichen Teil EU-rechtliche Vorgaben nicht hinreichend beachtet worden seien. Allgemein bestätigen in den vergangenen Jahren Gerichte zunehmend die Bedeutung des EU-Umweltrechts. Insofern empfehlen die Umweltbehörden des Kreises zur Absicherung von Planungen und Projekten die konsequente Prüfung und Abarbeitung der entsprechenden Vorgaben im Planungsprozess.

Herr Evermann erkundigt sich nach dem zeitlichen Rahmen für das weitere Verfahren. Herr Hartmann teilt mit, dass in einem Vortrag der DEGES von 2029 gesprochen worden sei. Der Vortrag ist dem Protokoll angehängt.

Herr Timmermann beantwortet eine Frage von Herrn Wersig damit, dass das Fledermausvorkommen im Segeberger Kalkberg eine sehr besondere, EU-weit herausragende Bedeutung hat. Deshalb ist – wie die Gerichte bestätigen – in diesem Fall ein wesentlich höherer Maßstab auch in der Umgebung hinsichtlich Prüfung der Fledermausbelange anzulegen, der berechtigt über einschlägige Leitfäden hinausgeht. Dies bedeute aber nicht, dass generell eine Realisierungsmöglichkeit für derartige Infrastrukturprojekte in der Region zukünftig von vorne herein nicht mehr gegeben ist. Bei Planungen und Projekten sei durch Vermeidung, Minimierung und Kompensation von Beeinträchtigungen dem höheren Anspruch wirksam Rechnung zu tragen.

Pause: 19:50 – 20:05 Uhr

zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 4.1 Antrag B90/ Die Grünen zur Ausrufung eines Umwelt- und Klimanotstands

Vorlage: DrS/2019/121

Herr Hansen erläutert den Antrag und führt aus, dass es beim Bund eine falsche Weichenstellung gebe. Dieses gelte es zu ändern.

Herr Weber teilt mit, dass die Formulierung „Notstand“ nicht passend sei. Herr Flak schließt sich dem an und bemängelt, dass keine Bezugsquellen für die Aussagen genannt worden seien. Außerdem habe die Biodiversität im Kreis Segeberg nichts mit dem Klimawandel zu tun. Hieran seien vielmehr die Monokulturen für die Biogasanlagen verantwortlich. In den strategischen Zielen des Kreises sei der Klimaschutz enthalten.

Herr Wersig erklärt, dass die SPD-Fraktion sich noch keine abschließende Meinung gebildet habe und beantragt deshalb eine Vertagung des TOPs. Er gibt zu beden-

ken, dass das Ausrufen des Klimanotstands dem Ziel, den Tourismus zu fördern, entgegenstehe, da dies ein falsches Signal sei.

Herr Ziebuhr fragt nach, warum die Stelle des Energiemanagers noch nicht besetzt sei. Herr Schrenk teilt mit, dass es sich um eine geförderte Stelle handle, für die erst kürzlich der Bewilligungsbescheid eingegangen sei. Die Ausschreibung sei in Arbeit. Herr Wulf hält den Antrag inhaltlich für sinnvoll, jedoch sei die Formulierung zu drastisch und reißerisch. Er appelliert an die im Bundestag vertretenen Parteien, dort Änderungen zu veranlassen.

Auch Herr Barkowsky vertritt die Auffassung, dass die Formulierung nicht passend gewählt sei. Es sei unstrittig, dass weiterhin am Klimaschutz gearbeitet werden müsse, jedoch sei dies der falsche Weg. Herr Hansen führt aus, dass der Antrag als Apell zu sehen sei. Ihm sei bewusst, dass bereits viel getan werde, er sehe einen Beschluss als Selbstverpflichtung, entsprechend weiterzumachen.

Herr Ziebuhr stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden und über den Antrag sofort abzustimmen. Der Vorsitzende lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 8 Ablehnung: 1 Enthaltung: 2

Nach weiterer Diskussion mit ähnlichen Inhalten zieht Herr Hansen den Antrag seiner Fraktion zurück und kündigt an, zur nächsten Sitzung erneut einen modifizierten Antrag zu stellen.

zu 4.2 Antrag B90/ Die Grünen zum Fledermausschutzkonzept Vorlage: DrS/2019/122

Herr Hansen erläutert den Antrag. Herr Evermann spricht sich dafür aus, den Beschluss dahingehend umzuformulieren, dass der Kreistag das Land auffordert, ein Fledermausschutzkonzept zu erstellen. Gleichzeitig hält er den geforderten Umkreis von 15 km für zu groß. Auch Herr Wulf und Herr Barkowsky halten den Radius für zu groß. Herr Barkowsky schlägt vor, keine Kilometerangabe zu nennen.

Der Vorsitzende formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag und lässt über diesen abstimmen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz empfiehlt, der Kreistag beschließt, das Land aufzufordern, ein Fledermausschutzkonzept für das FFH-Gebiet „Kalkberghöhle“ und die Umgebung in einem angemessenen Umkreis mit besonderem Fokus auf die Myotis- und Plecotus-Arten zu erstellen.

Basierend auf einer Zusammenfassung aller vorhandenen und relevanten Erfassungsdaten von Fledermausuntersuchungen aus diesem Gebiet sowie weiterer, ergänzender Felduntersuchungen soll ein Flächenkonzept erarbeitet werden. Dieses Schutzkonzept hat das Ziel Flugrouten – und Korridore zu

identifizieren und erhalten und damit die Erreichbarkeit der Höhle als größtem nationalen Fledermaus-Quartier mit über 30.000 Individuen sicherzustellen sowie Maßnahmen zu entwickeln diese zu verbessern.

2. Der Kreistag fordert das Land auf, aufgrund der hohen zentralen Bedeutung des Fledermausquartiers und des Fledermausschutzes sowie der zentralen Lage Bad Segebergs in Schleswig-Holstein vor Ort am Kalkberg eine unabhängige und Integrierte Naturschutzstation des Landes einzurichten, so wie bereits von der UNB, der Stadt Bad Segeberg und dem NABU angeregt. Neben der Lastenumverteilung und den Synergieeffekten unter der Steuerung des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) könnte diese Station bei Beratungen und Stellungnahmen eine neutralere Rolle in der Fachlichkeit einnehmen und wäre auch die geeignete Einrichtung für die Fledermausfachdatenhaltung und -bereitstellung sowie das FFH-Monitoring.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 4.3 Übernahme Schülerbeförderungskosten im Kreisgebiet Vorlage: DrS/2019/117

Herr Wulf erläutert den Antrag. Herr Evermann fragt nach den zusätzlichen Kosten und wie diese gedeckt seien. Da im Haushalt keine Mittel bereitstehen, werde ein Beginn mit dem Schuljahr 2019/2020 nicht möglich sein. Herr Mozer teilt mit, dass die Kosten sich etwa auf 1,9 Mio Euro für Schüler, die bisher keinen Anspruch auf eine Schülerfahrkarte hatten, belaufen würden.

Herr Barkowsky vertritt die Auffassung, dass durch die Ausgabe von kostenlosen Fahrkarten viele Schüler mit dem Bus statt wie bisher mit dem Fahrrad fahren würden. Er halte den Verweis in den BKS für sinnvoll und beantragt gleichzeitig die Einrichtung eines Arbeitskreises.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz (UNK) empfiehlt, die weitere Behandlung dieses Themas zuständigkeitshalber in der Federführung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport durchzuführen.

Es wird ein fraktionsübergreifender Arbeitskreis gebildet. Die Fraktionen melden dem Kreistagsbüro die Mitglieder bis zum 25.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 9 Ablehnung: 1 Enthaltung: 1

zu 5 Berichte der Verwaltung II

zu 5.1 Ergebnisse aus Jugend im Kreistag Vorlage: DrS/2019/099

Herr Hansen schlägt vor, die Vorlage in die Fraktionen zu ziehen und bis zur nächsten Sitzung am 04.09.2019 gegebenenfalls Anträge zu formulieren.

zu Kampagne „plastikarme Schulen und Kitas“ 5.1.1

s. TOP 5.1

zu 6 Verschiedenes

zu 6.1 Informationen und Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

zu 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Es gibt keine Anregungen für die nächste Sitzung.

zu 7 Einwohnerfragestunde II

Helmut Jokisch aus Bad Segeberg möchte wissen, ob die Ausschreibung für die Abholung der Gelben Säcke geändert werden könnte, so dass kein Festsatz mehr vereinbart, sondern nach Anzahl der eingesammelten Säcke abgerechnet werde. Die Verwaltung teilt mit, dass dies zu klären sei.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Arne Hansen
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Wienke
(Protokollführung)